

# Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 2 Euro

Nr. 16 · Apr./Mai · 2022

## Stoppt den **IMPERIALISTISCHEN KRIEG** in der **UKRAINE!**

A photograph of a military tank in a battlefield setting. The tank is the central focus, with its main gun barrel pointing towards the right. In the background, several soldiers in camouflage uniforms are visible, some on the tank and others on the ground. The scene is filled with smoke and a sense of active combat.

**Raus  
mit der  
NATO und  
PUTINS Truppen!**



# Der zweite Monat des Krieges Die Arbeiterklasse wird für die Folgen sc

Raus mit Putins Truppen, raus mit der NATO, nieder mit dem impe

## Internationale Revolutionäre Linke

Der Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine und die militaristische Antwort des amerikanischen und europäischen Imperialismus haben die größte Krise des kapitalistischen Systems seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Das Gleichgewicht der von Washington nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aufgebauten internationalen Ordnung ist zusammengebrochen.

## Die Unterstützung der NATO durch die reformistische Linke

Die schrecklichen Bilder der vom Putin-Regime angeordneten Bombardierung ukrainischer Städte, tausende Tote, die Zerstörung der zivilen Infrastruktur und der Exodus von vier Millionen Frauen, Kindern und Alten schockieren die Welt. Gleichzeitig werden die Schrecken dieses Krieges von den NATO-Regierungen dazu genutzt, ihre eigene Verantwortung dafür durch eine verabscheuungswürdige Lügenkampagne zu verschleiern.

Die traditionelle Sozialdemokratie hat einmal mehr vor ihrer nationalen Bourgeoisie kapituliert und die Rolle des Propagandisten des amerikanischen und europäischen Imperialismus übernommen. Ihr Ziel ist offensichtlich: den sozialen Frieden mit unseren Ausbeutern um jeden Preis zu bewahren.

Aber diese sozialchauvinistische Welle hat auch die neue reformistische Linke erfasst.

Von DIE LINKE in Deutschland über Syriza in Griechenland bis Podemos im spanischen Staat zieht sich die Unterordnung unter die NATO-Propaganda. Indem sie für Waffenlieferungen an die Selenskyj-Regierung gestimmt, die Sanktionen gegen Russland begrüßt und die anstehenden Sparprogramme unterstützt haben, haben sie sich an der Seite der Kriegspropaganda aus Washington und Brüssel positioniert.

## Der großrussische Nationalismus und seine reaktionäre Rolle

Die stalinistische Linke hingegen betrachtet den Einmarsch in die Ukraine als legitime Maßnahme angesichts der NATO-Expansion und bestreitet vehement, dass die russischen Kapitalisten imperialistische Ziele verfolgen. Doch die Wahrheit ist, dass sich die Lebensbedingungen des russischen Volkes seit Zerfall der UdSSR und der kapitalistischen Restauration verschlechtert haben, ausgelöst durch die neoliberale Politik, die in Washington ausgeheckt und von ehemaligen stalinistischen Bürokraten begeistert unterstützt wurde.

Wie wir in früheren Erklärungen dargelegt haben, hat sich das internationale Kräfteverhältnis seit 1989 entscheidend zugunsten des US-Imperialismus verschoben. Alle

Versprechen, die Michail Gorbatschow gemacht wurden, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde, waren ein Schwindel. Ungarn, Polen, die Tschechi-

sche Republik, die Slowakei, Bulgarien, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Albanien, Kroatien und Montenegro traten der NATO zwischen 1999 und 2017 bei, akzeptierten die Einrichtung von US-Militärstützpunkten und die Stationierung von Raketen.

Nun hat Washington die Forderung Russlands, die Ukraine solle auf die Mitgliedschaft in der NATO verzichten, um sich einen entmilitarisierten Raum zu sichern, rundweg abgelehnt.

Die Absichten Putins in diesem Krieg als „defensiv“ zu bezeichnen, wäre jedoch falsch und wenig ernsthaft. Man braucht nur seine aufrührerischen Reden zu analysieren, in denen er die Existenz der ukrainischen Nation leugnet, um seine wahren Ziele zu verstehen. Wenn Putin Lenins Programm und die Oktoberrevolution als „verbrecherisch“ bezeichnet, weil sie das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine und der in die UdSSR eingegliederten Nationen anerkannt haben, zeigt das, dass er und die Kapitalisten hinter ihm vehemente Antikommunisten und großrussische Nationalisten sind; Erben des zaristischen Imperialismus.

## Konkurrierende Interessen

Der Krieg in der Ukraine ist viel mehr als eine russische Militärintervention. Es ist ein folgenreiches Ereignis innerhalb der Konfrontation zweier imperialistischer Blöcke um die Vorherrschaft über globale Produktionsketten, Kapitalströme, Handelswege, Schlüsselrohstoffe und geostrategische Gebiete.

Wir wissen, dass die Doppelmoral der USA und ihrer europäischen Verbündeten keine Grenzen kennt. Die empörten Reden, in denen sie Putin der „Verletzung des Völkerrechts“ beschuldigen, stammen von denselben Zynikern, die dschihadistische Milizen im Nahen Osten und in Zentralasien finanzierten, Jugoslawien zer-



# in der Ukraine wer bezahlen realistischen Militarismus!

stückelten, schreckliche Massaker auf dem Balkan unterstützen; die im Irak und in Afghanistan, im Jemen und in Libyen wüteten und seit dem 11. September 2001 mindestens 900.000 Tote und 38 Mio. Flüchtlinge verursacht haben.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich in den internationalen Beziehungen jedoch viel verändert.

Der westliche Kapitalismus befindet sich seit 2008 in einer Dauerkrise und die USA haben einen Rückschlag nach dem anderen erlitten. Ihre Niederlagen im Irak, in Syrien, gegen den Iran oder ihr Rückzug aus Afghanistan haben die innere Faulheit offenbart, die die führende Macht der Welt zersetzt. Das wird von ihren Gegnern genutzt, die in dieser Zeit erheblich erstarkt sind.

Wir haben in zahlreichen Materialien die Faktoren analysiert, die China zu einer wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Supermacht gemacht haben. Dank massiver Kapitalinvestitionen ist China zur Fabrik der Welt geworden und vereint auf sich ein Drittel der weltweiten Produktion, 53,3% des Stahls und 57% des Aluminiums. In China machen heute mehr Wissenschaftler und Ingenieure ihren Abschluss als in den USA, Europa, Japan, Taiwan und Südkorea zusammen. Der asiatische Riese hat bei der Entwicklung von KI die Führung übernommen, sein Anteil an der globalen Produktion von Industrierobotern ist von 3,2% im Jahr 2010 auf 31% 2020 gestiegen ist.

Diese Errungenschaften können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeiterklasse im chinesischen Staatskapitalismus extrem ausgebeutet wird, dass es keine demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten gibt und dass die Ungleichheit enorm ist: Im Jahr 2020 besaßen 1% der Milliardäre 30,6% des Reichtums des Landes.

All diese Fakten zeigen den Niedergang der USA als vorherrschende Weltmacht. Aber das Weiße Haus wird niemals einen zweitrangigen Platz auf der Weltbühne akzeptieren, ohne einen Kampf auf Leben und Tod zu führen.



## China und Russland

Lenin untersuchte das Phänomen des Imperialismus eingehend und bezeichnete es als „monopolistische Phase“ des Kapitalismus. Aber die Entwicklung des Monopolkapitalismus und des imperialistischen Kampfes lässt sich nicht auf eine einfache Formel reduzieren, sie umfasst viele Elemente, die ständigem Wandel unterworfen sind: „Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflussphären (...) eine andere Grundlage als die Stärke der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, nicht denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig (...). Vor einem halben Jahrhundert war Deutschland, wenn man seine kapitalistische Macht mit der des damaligen Englands vergleicht, eine klägliche Null; ebenso Japan im Vergleich zu Rußland. Ist die Annahme ‚denkbar‘, dass das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten nach zehn, zwanzig Jahren unverändert geblieben sein wird? Das ist absolut undenkbar.“

Genau das ist im Laufe des 20. Jahrhunderts nach den beiden großen Kriegen mit der Konsolidierung des amerikanischen Imperialismus und der Verdrängung von Großbritannien und Deutschland geschehen. Ein ähnlicher Prozess ist mit dem Aufkommen des chinesischen Imperialismus und seines russischen Verbündeten im Gange.

Der Marxismus erklärt, dass es sowohl in der Natur als auch in sozialen und wirtschaftlichen Prozessen niemals reine und statische Phänomene gibt.

Das Verhältnis der imperialistischen Mächte und der Klassenkampf befinden sich in einem ständigen Wandel. Wenn wir von der dialektischen und materialistischen Analyse Lenins ausgehen, werden wir die Widersprüche, die den

Weltkapitalismus durchziehen und die Rolle Russlands besser verstehen.

Russland ist heute ein entwickeltes kapitalistisches Land, in dem die großen Monopole die Produktionsverhältnisse beherrschen. Es handelt sich um einen staatlichen Monopolkapitalismus, in dem die Wirtschaftselite – von der westlichen Presse als „Oligarchen“ bezeichnet, als ob es so etwas in den USA oder Europa nicht gäbe – ihre Position durch die Ausplünderung und Privatisierung des in der UdSSR verstaatlichten Eigentums erreicht hat. Diese Kapitalistenklasse hat sich in den letzten Jahrzehnten von der westlichen Vormundschaft emanzipiert, das großrussische nationalistische Glaubensbekenntnis angenommen und unterstützt aus Gründen der Zweckmäßigkeit die bonapartistische Regierung Putins.

Gestützt auf ein starkes Wirtschaftswachstum und enorme Militärmacht hat Putins Regime die Rolle Russlands auf der internationalen Bühne grundlegend verändert und das Land als Glied in der Kette imperialistischer Staaten positioniert, wenn auch in der Hierarchie anderen Mächten untergeordnet.

Seit 2008, nach dem Einmarsch in Georgien, um dessen NATO-Beitritt zu verhindern, interveniert Russland erfolgreich in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion oder in Ländern, zu denen es Beziehungen von besonderem strategischem Interesse unterhält, wie Syrien. Das Bündnis mit China hat sich seit 2014 deutlich gefestigt, und Moskau fungiert in Afrika, im Nahen Osten und in lateinamerikanischen Ländern als wirtschaftlicher und militärischer Subunternehmer Pekings.

Das chinesisch-russische Bündnis basiert auf weitreichenden materiellen und geopolitischen Interessen. Chinas Ölverbrauch umfasst 10% der weltweiten Ölproduktion und sein Energiebedarf liegt bei 20% der weltweiten Ge-



samtmenge. Seit 2020 ist Russland der wichtigste Lieferant von Kohle, der zweitwichtigste Lieferant von Öl und der dritt wichtigste Lieferant von Erdgas und landwirtschaftlichen Erzeugnissen für den chinesischen Markt.

Es ist kein Zufall, dass die Macht dieses Blocks und die offensichtlichen Zeichen der amerikanischen Schwäche zu einer Neupositionierung vieler alter Verbündeter Washingtons geführt hat. Die Neuaufteilung der Welt ist in vollem Gange.

### Perspektiven für den Krieg

Die Situation in Europa hat auch negative Auswirkungen auf die USA. Der Aufstieg des chinesischen Kapitals ist so bedeutend, dass die Regierung Biden mit äußerster Härte reagieren musste. Seit dem Jahr 2020 ist China der größte Handelspartner der EU, wobei es bereits seit 2015 der wichtigste Handelspartner Deutschlands ist. Der Handel zwischen China und 17 mittel- und osteuropäischen Ländern ist seit 2012 um durchschnittlich 8% pro Jahr gewachsen und hat 2020 103,45 Milliarden US-Dollar erreicht. Ähnliches gilt für die engen Beziehungen zwischen Italien und Griechenland und dem Regime in Peking.

Trump hat den Handelskrieg angezettelt und ist damit krachend gescheitert. Aber während der Pandemie wurde es wirklich ernst und Biden hat die Situation in Europa bis zum Äußersten getrieben.

Die USA wollen die Widersprüche zwischen den EU-Mitgliedern ausnutzen, um einen Keil zwischen Deutschland und China zu treiben. Sie waren Befürworter des Brexits, sie haben Berlin dazu gedrängt, seine

Bezie-

hungen zu China und Russland einzuschränken, und waren unnachgiebig bei den Verhandlungen mit Putin über die Ukraine.

Biden und seine Regierung haben die Kriegstrome in der Ukraine bis zur Raserei geschlagen. Dieser Konflikt ermöglicht es ihnen, Europa in seine Rolle als gehorsamen Verbündeten im Kampf gegen China und Russland zu zwingen.

Doch trotz der Propaganda des westlichen Imperialismus über die Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Armee ist die militärische Überlegenheit Russlands mehr als offensichtlich. Mehr als 500 militärische Ziele und 2.000 Ziele der strategischen Infrastruktur wurden zerstört, Städte wie Mariupol in Schutt und Asche gelegt, viele andere umzingelt, der Luftraum kontrolliert und hochpräzise Hyperschallraketen eingesetzt. Russland hat sich den gesamten Zugang zum Schwarzen Meer und zum Asowschen Meer gesichert und ist im Donbass erheblich vorgerückt.

Sollte das russische Regime auf einen Blitzsieg spekuliert haben, der es ihm ermöglichen würde, Selenskyj in wenigen Tagen zu stürzen und eine Marionettenregierung einzusetzen, so ist dieser Plan vereitelt worden. Es ist jedoch absurd anzunehmen, dass Moskau nicht in der Lage ist, Kiew zu besiegen, oder dass die angebliche „Lähmung“ des russischen Vormarsches auf Versorgungsprobleme zurückzuführen ist.

Unter den Bedingungen der modernen Kriegsführung, insbesondere in urbanen Gebieten, kann der Widerstand gegen eine große Armee durch den massiven Einsatz bestimmter Ausrüstungen und Strategien verlängert werden: Panzerabwehr, tragbare Flugabwehrsysteme, Scharfschützen, taktische Gruppen. Auch die Möglichkeit einer Besetzung der Ukraine durch die russische Armee war keine glaubwürdige Option, insbesondere nach den Erfahrungen des US-Imperialismus im Irak und in Afghanistan. Putin und sein General-

stab hatten eine solche komplette Besetzung nie im Sinn. Ihr Ziel war es, die militärischen Fähigkeiten der Ukraine auf ein Minimum zu reduzieren, ihre wirtschaftliche Infrastruktur zu zerstören und ein für Russland vorteilhaftes Abkommen zu erzwingen, das einen Beitritt der Ukraine in die NATO verhindern, ihren Neutralitätsstatus sicherstellen und Gebietsgewinne im Donbass ermöglichen würde.

USA und EU haben feierliche Erklärungen zur Unterstützung des ukrainischen Volkes abgegeben. Ihren Angaben zufolge haben sie seit Beginn der Kämpfe militärische Hilfsgüter im Wert von über 2 Milliarden Dollar geliefert. Sie lehnen jedoch weiterhin Selenskyjs Forderung nach einer Sperrung des ukrainischen Luftraums ab, da dies eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und Russland bedeuten würde.

Die Fakten sind deutlich: Biden und das US-Außenministerium haben das ukrainische Volk in eine Sackgasse geführt und die unterwürfigen reaktionären Nationalisten, die die Regierung in Kiew beherrschen, und ihre ultrarechten Partner benutzen es als Kanonenfutter.

### Verhandlungen über eine Einigung

Während der Krieg in den zweiten Monat geht, steht Selenskyjs Regierung mit dem Rücken zur Wand. Deshalb haben die jüngsten Verhandlungen in der Türkei am 29. März die Chancen für eine Einigung aufgezeigt.

Die NATO-freundliche Tageszeitung *El País* zitiert: „Das ukrainische Verhandlungsteam hat erklärt, dass die Ukraine ihre Neutralität besiegeln und damit auf die NATO-Mitgliedschaft verzichten würde (...) solange Kiew auf Sicherheitsgarantien von Drittstaaten auf sein Territorium zählen kann.“

Diese Wendung der Ereignisse hat Washington sehr verärgert. Nach Bidens Besuch in Polen, wo er als Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte auftrat, Putin als Kriegsverbrecher beschuldigte und seinen Sturz forderte, äußerte sich Außenminister Antony Blinken „skeptisch“ zu den Istanbul-Gesprächen und erklärte, es gebe keine Anzeichen für „effektive Fortschritte“. Das Gleiche hat Boris Johnson, sein treues Schoßhündchen, gesagt.

Kurzum: Der US-Imperialismus wird alles tun, um ein mögliches Abkommen zu sabotieren und er wird



seine Fäden in der Ukraine ziehen, indem er die breite Unterstützung nutzt, die er sowohl in der Regierung als auch in der Armee und bei den extremrechten Formationen hat. Die Verhandlungen werden sehr mühsam sein und der Krieg könnte zeitweise noch weiter eskalieren, aber die Tendenzen, die früher oder später zu einer Einigung führen können, sind sehr stark.

Die andere direkt betroffene Partei ist die EU. Auch wenn ihre Risse scheinbar zusammengeschweißt wurden und das Bündnis mit den USA stärker denn je scheint, sind die inneren Widersprüche enorm und die Unterschiede zur Strategie Washingtons deutlich.

Die Sanktionspolitik gegen Russland hat sich in beide Richtungen ausgewirkt. Seit Beginn der Invasion am 24. Februar haben 380 Unternehmen und multinationale Konzerne Russland verlassen, eine Reihe russischer Banken wurde aus dem SWIFT-System ausgeschlossen und seine Devisenreserven (300 Mrd. USD) eingefroren. Infolgedessen hat der Rubel zeitweise 40% seines Wertes gegenüber dem Dollar verloren, die Inflation ist in die Höhe geschneit und das russische BIP könnte bis Ende 2022 um 8-10% sinken.

Aber die Sanktionen sind zu einem Bumerang für die europäische Wirtschaft geworden. Es ist unmöglich, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland und China komplett zu kappen. Sollten die russischen Gaslieferungen nach Deutschland komplett unterbrochen werden, würde das deutsche BIP um mindestens 5% einbrechen, was der stärkste Rückgang seit dem Zweiten Weltkrieg wäre, die deutsche Industrie würde aus dem Gleichgewicht geraten und die Exporte würden stark beeinträchtigt werden.

Die Agentur *Europa Press* zitiert ein Kommuniqué der wichtigsten deutschen Gewerkschaften vom 30. März, in dem sie davor warnen, dass die Verhängung eines Embargos für Energielieferungen aus Russland nicht nur zu Unternehmensschließungen und Massenentlassungen, sondern auch zum Zusammenbruch von Produktionsketten in Europa führen würde.

Die Auswirkungen der Sanktionen sind natürlich auch in Russland zu spüren. Doch in den letzten Jahren hat die Wirtschaft des Landes ihre Beziehungen zu Ländern außerhalb des Westens verstärkt. Die Staatsverschuldung ist

auf 18% des BIPs begrenzt und damit weitaus niedriger als die anderer europäischer Länder. Auf China entfallen 18% des gesamten russischen Handels, und ein großer Teil dieses Handels wird bereits in Yuan und Rubel abgewickelt.

Die Vorstellung, dass Russland isoliert ist, ist ein Hirngespinnst. In den letzten Märzwochen haben zwei große staatliche indische Ölgesellschaften, die *Indian Oil Corporation* und die *Hindustan Petroleum Corporation Ltd*, zusammen fast fünf Millionen Barrel russisches Rohöl gekauft, wobei die Bezahlung in Rupien erfolgt ist.

Der US-Strategie, den Krieg um jeden Preis zu verlängern und Europa hineinzuziehen, begegnet Putin mit „schwerer Artillerie“. Moskau hat für die Öl- und Gaslieferungen an die EU Bezahlung in Rubel gefordert. Deutschland und andere Länder haben sich vorerst geweigert, aber wenn die Eskalation anhält und es zu einem Lieferstopp kommt, könnte die derzeitige Situation einer akuten Stagflation zu einer gigantischen Rezession im Westen und einer Eskalation des Klassenkampfes auf der ganzen Welt führen.

Die Aussicht auf soziale Ausbrüche bereitet den europäischen Regierungen große Sorgen.

Der Krieg in der Ukraine und der Kampf zwischen den Mächten um die Aufteilung der Welt haben eine Eskalation des Militarismus ausgelöst. Deutschlands neuer, 100 Mrd. Euro umfassender Aufrüstungsplan folgte auf die Vereinbarungen des Versailler Gipfels, in denen sich die EU-Länder verpflichteten, 2% ihres BIPs für die Verteidigung auszugeben. China wird im Jahr 2022 229,47 Mrd. Dollar für sein Militär ausgeben, ein neuer Rekord, nachdem sein Militärbudget bereits 2021 um 6,8% und 2020 um 6,6% gestiegen ist. Die USA werden einen neuen Rekord-Militärhaushalt von 813 Mrd. US-Dollar erreichen; ein Budget, das dreimal so hoch ist wie das Pekings und zehnmal so hoch wie das Moskaus, mit einem erneuten Anstieg von 4%.

Niemandem entgeht, dass jeder Dollar und jeder Euro, der in diese tödlichen Projekte investiert wird, mit Sozialkürzungen, der Zerstörung des öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesens, mit dem Einbrechen der Löhne, mit der Verarmung von hunderten Millionen Männern, Frauen und Kindern einhergehen wird.

## Für eine Politik des Internationalismus und der Klassenunabhängigkeit

Wir revolutionären Kommunisten verurteilen die verbrecherische Rolle der NATO, der USA und des europäischen Imperialismus in diesem Krieg. Dem Beispiel Lenins folgend, kämpfen wir für die nationalen und demokratischen Rechte der ukrainischen Nation, die in der Vergangenheit vom zaristischen Imperialismus und Stalinismus zerschlagen wurde. Wir geben uns jedoch nicht der reaktionären Illusion hin, dass diese Rechte unter der Regierung Selenskyj und ihrer Armee verwirklicht werden können. Nur die Dynamik der revolutionären Aktion der Arbeiterklasse, die jede Unterordnung unter einen der imperialistischen Blöcke ablehnt, kann die echte nationale und soziale Befreiung der Ukraine herbeiführen.

Wir fordern den sofortigen Abzug der russischen Truppen. Sollte Putin schließlich die territoriale Annexion des Donbass gelingen, nachdem er die Zerstörung des Landes vollbracht hat, wird sich der nationalistische Hass zwischen Ukrainern und Russen vertiefen. Nur die imperialistische Bourgeoisie, die den Kreml unterstützt, und die faschistischen Gruppen, die die Erben von Stepan Bandera (ukrainischer Faschist) sind, werden davon profitieren.

Der imperialistische Krieg stellt die klassenbewussten Arbeiter und die Jugend vor eine historische Aufgabe: Wir müssen unserer nationalen Bourgeoisie die Unterstützung verweigern und den kapitalistischen Chauvinismus mit dem Programm des Internationalismus und Sozialismus bekämpfen. Arbeiter aller Länder vereinigt euch gegen den imperialistischen Krieg! Wir verteidigen eine Politik der Klassenunabhängigkeit. Wie Karl Liebknecht es sagte: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

Der Krieg in der Ukraine ist das offensichtlichste Symptom für den Niedergang Weltkapitalismus und es wird nicht das letzte sein. Die einzige konsequente Politik für den Frieden unter den Völkern ist der Abzug der NATO und der russischen Truppen aus der Ukraine: Schluss mit dem imperialistischen Krieg! Für die internationalistische Mobilisierung der Arbeiterklasse, für den Sturz der kapitalistischen Regierungen, die uns in diese Situation gebracht haben, für den Weltsozialismus!



## Marxistische Organisation Offensiv

Die Haltung der deutschen Bundesregierung zum Ukrainekrieg hat sich gewandelt. Wo es früher hieß, man wolle keine Waffen in Krieg führende Länder exportieren, reiht sich die Regierung Scholz jetzt auf ganzer Linie hinter Biden und die NATO ein. 2.700 Flugabwehrraketen, 1.000 Panzerabwehrwaffen, 500 Boden-Luft-Raketen – das ist die Bilanz der „Friedenspolitik“, die die Ampelregierung in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hat.

Putins Krieg in der Ukraine ist alles andere als fortschrittlich. Er entspricht den imperialistischen Ambitionen der kapitalistischen Oligarchie, die den Kreml dominiert. Aber es wäre absurd, deshalb die Augen vor einer unbestreitbaren Tatsache zu schließen: Die Politik der NATO und Washingtons seit Zusammenbruch der UdSSR ist der grundlegende Faktor, der dieses Kriegsszenario ausgelöst hat.

Die Entschlossenheit, die NATO bis an die russischen Grenzen auszuweiten, Kriegsgerät rund um Russland zu stationieren, die Bewaffnung ukrainischer Faschisten und vieles mehr haben das Land ab 2014 in einen achtjährigen Bürgerkrieg gestürzt, der nun in einen offenen Krieg gemündet ist.

### Die bürgerlichen Politiker lügen wie gedruckt.

Wir erleben eine massive Propagandaoffensive, mit der sich die imperialistischen Wölfe in einen Schafspelz kleiden wollen.

Er wolle „nicht ruhen, bis der Frieden in Europa gesichert ist“, sagt Olaf Scholz. Was für eine Heuchelei! 1999, als die deutsche Bundeswehr im Interesse deutscher Großkonzerne in ihren ersten Kriegseinsatz nach Ende des Zweiten Weltkriegs aufbrach, waren es SPD und Grüne, die sie in diesen ersten innereuropäischen Krieg befähigten. Und wer, der heute ehrlich die russischen Kriegsverbrechen beklagt; der über die Lügenkampagne des russischen Präsidenten über den Krieg schimpft, denkt wirklich, dass bei der Bombardierung jugoslawischer Schulen und Krankenhäuser im Zuge der „humanitären Intervention“ der NATO keine Zivilisten gestorben wären?



# Ukraine: Deutsche Regierung hinter US-Imperialismus und

## Geht es der Bundesregierung um die Unabhängigkeit der Ukraine?

Die Bundesregierung sagt, die Waffenlieferungen an Selenskyi würden keinem anderen Ziel dienen, als der „Unabhängigkeit“ der „demokratischen“ Ukraine.

Doch geht es ihr um die Unabhängigkeit der ukrainischen Bevölkerung? Warum tut der Westen dann alles, um die Forderung Russlands nach einer entmilitarisierten und neutralen Ukraine zu vereiteln? Sie tun es, um die Ausdehnung ihres Militärbündnisses nicht zu gefährden. Dafür machen sie die ukrainische Bevölkerung zum Spielball, und sie werden nicht damit aufhören.

Als am 2. Mai 2014 im Zuge rechtsradikaler Ausschreitungen das Gewerkschaftshaus in Odessa angezündet wurde, 52 Menschen verbrannten und kurz darauf vier Faschisten der Swoboda in die ukrainische Regierung kamen – waren es die Bundesregierung und Vertreter der Grünen, die das im Bundestag leugneten. Auch darüber, dass militante Bataillone dieser mörderischen Faschisten in die ukrainische Armee eingegliedert wurden, schweigen die Heuchler in der Bundesregierung!

## Warum hat die deutsche Regierung über die Faschisten in der Ukraine gelogen?

Wir dürfen nicht vergessen, welche Interessen die deutsche Regierung in der Ukraine verfolgt! Seit 2014 treiben deutsche Banken und Konzerne an der Seite der Erpresserbande des IWF Vorstöße voran, ukrainische Betriebe und Land zu privatisieren. Mehr als 50 deutsche Agrarunternehmen haben privatisiertes Land in der Zentral- und Westukraine aufgekauft.

Es ist eine zynische Lüge, wenn die deutsche Bundesregierung behauptet, es ginge um die „Unabhängigkeit“ der Ukraine. Welche Unabhängigkeit gibt es in den Händen ukrainischer Faschisten, der militaristischen NATO und des kapitalistischen Zaren Putin?

## Kapitalistische Räuber kämpfen um die Neuaufteilung der Welt

Der Krieg in der Ukraine ist Teil der organischen Krise des Kapitalismus. Sie und der historische Niedergang des US-Imperialismus sind die treibenden Faktoren hinter der Vertiefung nationaler Konflikte. Wir haben



## reicht sich NATO ein

gesehen, wie die deutsche Regierung einen Stopp von Nord Stream 2 verhindern wollte und mit

der Biden-Administration in Konflikt geriet und wie die Differenzen in der EU erneut aufgebrochen sind. Für die deutsche Kapitalistenklasse hat der Krieg seine eigene Dynamik, und jeder Schritt wird Folgen haben. Wir sehen es schon jetzt: Die Inflation, unterbrochene Lieferketten, die die Produktion treffen, ... und das Auseinanderbrechen der EU ist ein Szenario, das nach wie vor über den Köpfen der herrschenden Klasse schwebt.

Aber die deutschen Kapitalisten werden nicht vom Rande des Spielfelds zusehen, während die großen imperialistischen Räuber den Kampf um die Neuaufteilung der Welt führen. Sie werden ihren aggressiven Imperialismus fortsetzen, und ihn gegen die deutsche Arbeiterklasse und die Arbeiterklasse anderer Länder richten. Ja, wir hören wie Olaf Scholz seine Phrasen von „Frieden“ und „Demokratie“ wiederholt. Aber wir haben auch gesehen, wie er im gleichen Atemzug seine Interessen in Osteuropa offen auf den Tisch gelegt hat: Am 19. Februar erst hat er in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz deutlich gemacht, dass für ihn nun „die Ausweitung der Europäischen Union in Länder des Westbalkan“ an erster Stelle steht.

Am 27. Februar, hielt er eine weitere Rede im Bundestag. Darin kündigte Scholz die Pläne für ein historisches Militarisierungsprogramm an: 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr – neben einem laufenden Kriegshaushalt von 46,93 Milliarden. Wer ist es, der für all diese Pläne der Bourgeoisie bezahlen wird, die nur einem Zweck dienen: Die Verteidigung ihrer Profite auf dem Planeten, zum Schaden der Arbeiterklasse aller Länder?

### Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Der Handelskrieg, die Zuspitzung in der Ukraine, das Auseinanderdriften der EU, die Entwicklungen um Nord Stream 2... haben der deutschen Bourgeoisie vor Augen geführt, was sie tun muss, um ihre Dominanz auf dem europäischen Kontinent zu sichern: Um ihre Vormacht in der EU kämpfen, die Kriegsmaschine aufrüsten und eine offene Kampagne des ökonomischen Nationalismus lostreten.

Wir erleben eine Welle des Rassismus: Restaurants, die Kunden mit russischem Pass nicht bedienen wollen, Supermarktketten, die russische Speisen eindeutschen, der Dirigent Valery Gergiev, der von deutschen Opernhäusern eingeladen wird, ... Die deutsche Rechte wird ihren Profit aus dem wachsenden Nationalismus schlagen: In der AfD werden russlandfeindliche Töne lauter, und militante neonazistische Gruppen wie der III. Weg orientieren – warum ist offensichtlich – auf den Krieg in der Ukraine; publizieren Interviews mit ortsansässigen Nazimilizionären.

Und was macht die LINKE? In der Mehrheit schließen sich ihre Vertreter den Forderungen der Bundesregierung nach Sanktionen gegen Putin an. In Bremen, wo die LINKE in der Regierung sitzt, ging sie so weit, gemeinsam mit CDU und FDP einen Marsch für die ukrainische Regierung zu organisieren! Was für ein politischer Bankrott!

Wir müssen uns an die Lehren von 1914 erinnern: Ein Proletariat, das auf der Seite seiner Bourgeoisie kämpft, kann nur verlieren! Als Marxisten, als revolutionäre Kommunisten, sagen wir ohne jede Zweideutigkeit, dass der Krieg auf beiden Seiten reaktionär ist.

Die deutsche Bundesregierung schwätzt von „Energiesicherheit“ – und beschließt 100 Milliarden für die

Kriegsmaschinerie, während ihr „Entlastungspaket“ eine Einmalzahlung von 100 Euro für Arbeitslose vorsieht. Sie weint Krokodilstränen um die ukrainischen Flüchtlinge – während sie mit die Institutionen aufrechterhält, die die Abschiebung von Afghanen organisieren!

### Nein, unter Scholz, Biden, Putin und Selenskyi findet sich kein Freund der Völker – Echter Frieden geht nur ohne die imperialistischen Räuber!

Diese Bundesregierung ist kein Freund der Völker! Und egal, wie oft die Vertreter des Reformismus noch den Bruch von Minsk II beweinen – Fakt ist: für den russischen Imperialismus, ebenso wie für das westliche Kapital, sind „Friedensabkommen“ nur taktische Meilensteine. Die Kapitalisten kennen in ihrem Kampf um die Aufteilung der Welt, den sie bis an die Zähne bewaffnet führen, nur zweierlei: Den Krieg und den bewaffneten Frieden.

Es ist ein großer Fehler, nun auf diese „Vermittler“ zu hoffen, und ihre pazifistischen Phrasen zu wiederholen. Fast 100.000 zivile Opfer in Afghanistan sprechen ihre eigene Sprache. Reichen sie nicht aus, um alles über die „Moral“ dieser Schlächter zu sagen?

Diese „Friedensforderungen“ sind kein Protest – sie sind völlig wertlos und verweisen die Arbeiterklasse auf die Zuschauerbank. Statt den Schulterchluss mit der eigenen Bourgeoisie zu suchen und auf ihren Friedenswillen zu hoffen, müssen wir sagen was nötig ist: Krieg den Kriegstreibern, der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Denn wie sieht die Gleichung des Krieges für die Arbeiter und Armen aus? Die ukrainische Bevölkerung wird von Putins Bomben terrorisiert. In Russland steigt die Inflation. Und sehen wir nach Deutschland: Ein Aufrüstungspaket von 100 Milliarden, das durch Sozialkürzungen finanziert wird!

Das ist ein Krieg der herrschenden Klasse gegen die Arbeiter und Armen aller Länder. Nur eine wirklich linke Bewegung, eine kämpferische Bewegung des Internationalismus mit einem sozialistischen Programm, die sich gegen die Kriegstreiberpartei im eigenen Land richtet, kann Hand in Hand mit den Arbeitern und Armen aller Länder dem Morden der Bourgeoisie ein Ende setzen!



# Der Krieg in der Ukraine, die Flüchtlingskrise und die rassistische Heuchelei der Ampelregierung

Jarla Sgries

Seit Wochen sind täglich neue Bilder von flüchtenden Menschen, von zerstörten Städten sowie heuchlerische Mitleidsbekundungen bezüglich des Ukrainekriegs in den Medien. An Fahnenmasten hängen ukrainische Fahnen, alle möglichen Konzerne wechseln ihre Farben in Blau-Gelb; ganz gleich, ob sie seit Jahren für Kinderarbeit, prekäre Arbeitsbedingungen und Umweltverschmutzung verantwortlich sind. Dieselben Politiker, die seit Jahren Menschen im Mittelmeer ertrinken lassen, und andere Länder wie die Türkei und Libyen dafür bezahlen, die durch westliche Politik ausgelösten Flüchtlingswellen vom Betreten ihres Landes abzuhalten, sprechen scheinheilige Mitleidsbekundungen aus und setzen Hilfsmaßnahmen um, die anderen Flüchtlingen verwehrt sind.

Dabei sind ihnen die Menschen in der Ukraine egal, nur Schachfiguren in einer aufgeteilten Welt, um imperialistische Interessen durchzusetzen und Profite zu steigern. Die geflüchteten Menschen sind willkommen, besonders wenn sie ihre Arbeitszertifikate nicht vergessen, als billige Arbeitskräfte für Lohndumping und um den Fachkräftemangel auszugleichen, der durch das kaputtgesparte Bildungs- und Gesundheitssystem erzeugt wurde.

Die seit 2014 verbreitete Lüge, Deutschlands Militär wäre kaputtgespart – trotz der Erhöhung der Ausgaben von 24 im Jahr 2000 auf 46,93 Milliarden Euro 2021 – die jeder Grundlage ent-

behrt, wird ein Klima der Angst erschaffen, dass selbst die stärksten Pazifisten und die, die behaupten welche zu sein (die Grünen) nach Aufrüstung schreien. In diesen „Friedensengeln“ à la Baerbock und Scholz stecken wahre Kriegstreiber: Olaf Scholz, der immer bereit ist großen Kapitalisten noch mehr Geld zuzuschieben (Cum-Ex-Skandal), und der als Hamburger Bürgermeister 530 Einsätze von Brechmitteln gegen migrantische Menschen zwischen 2001 und 2006 zu verantworten hat, bei denen eines der Opfer auf grausame Weise starb, treibt nun die Aufrüstung der Bundeswehr voran. So hat dieser am 27.02.2022 angekündigt, zusätzliche 100 Milliarden Euro in die Aufrüstung zu stecken und das jährliche Militärbudget auf mehr als 2% des BIP zu erhöhen.

Doch schon vor Jahren wurde der NATO zugesichert, das Militärbudget zu erhöhen, um die NATO-Fähigkeitsziele zu erreichen, jetzt ist es bloß einfacher, den Krieg in der Ukraine auszunutzen, um den Zuspruch der Bevölkerung zu bekommen.

Putin wird entweder als irrer oder größtenwahnsinniger Diktator, meist beides, bezeichnet, gegen den die lupenreine Demokratie – die Ukraine, – die seit Jahren rechte Banden aus Staatsmitteln finanziert und diese in den Staatsapparat einbindet, sowie linke Parteien verbietet und diese verfolgt, um die Profite des Westens zu sichern.

Der Krieg wird als völkerrechtswidrig verschrien, doch als die USA ihre Machenschaften im Nahen Osten wie Iran, Afghanistan, Irak, Kuwait, Syrien .... Durchgeführt haben, unter Vorwand von Lügen über Massenvernichtungs-

waffen, Soldaten, die Kinder aus Bruchkästen reißen, Giftgaseinsätze,... um ihren Einfluss auf Ressourcen zu sichern, haben dieselben geschwiegen und sogar noch unterstützt, die jetzt am lautesten schreien.

Auch die Lüge, dies sei der erste Krieg auf europäischem Boden seit dem 2. Weltkrieg liegt der Realität fern.

Wer hat denn 1999 Montenegro und Serbien bombardiert? Waren es nicht die NATO und EU, die mal wieder humanitäre Einsätze als Vorwand genommen haben, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen?

Wer macht sich hier also die Doppelmoral zu Eigen, zwar den Kriegstreiber Putin zu verurteilen, aber selbst die Rüstungsmaschine aufzufahren und die NATO immer weiter auszudehnen?

Wir können auch nach Osteuropa sehen, um die skrupellose Heuchelei der Bundesregierung an der Flüchtlingsfrage zu erkennen: Nach wie vor werden unter der Ampelregierung Sinti und Roma gewaltsam in den Kosovo abgeschoben, wo sie unter miserablen Bedingungen leben. Und warum? Weil es nicht „Putins Krieg“, sondern ihr Krieg war, der 1999 die Vertreibung von Sinti und Roma losgetreten hat.

## Für echte Solidarität!

Natürlich sind wir gegen Kriege, aber für echte Solidarität statt geheuchelter. Wir stellen uns an die Seite der Massen an Verlierern – die Arbeiter und Armen, – die wegen imperialistischer Interessen im Krieg sterben, fliehen oder in Armut und Elend leben. Wir halten es mit Karl Liebknecht und sagen: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“.





# USA: Bidens politisches Fiasko ebnet den Weg für den Trumpismus

Ana Garcia

Ein Jahr ist es her, dass Tausende Trump-Anhänger das Kapitol stürmten. Seit Biden – an der Spitze des Weißen Hauses – versprochen hat, die „Wunden eines geteilten Landes“ zu heilen, eine soziale Lösung für die Krise zu finden und die Position der USA in der internationalen Arena wiederzubeleben, wurde keines seiner Versprechen erfüllt.

Drei Armeegeneräle im Ruhestand veröffentlichten Mitte Dezember einen Brief in der Washington Post, in dem sie ihre Befürchtung zum Ausdruck brachten, sich nicht auf Teile der Streitkräfte verlassen zu können, um die legitime Regierung zu verteidigen. „Wir schauern bei dem Gedanken, dass beim nächsten Mal ein Putsch gelingen könnte (...) Es besteht die Möglichkeit eines militärischen Zusammenbruchs, der den sozialen und politischen Zerfall widerspiegelt.“ Eine Bestätigung dieses Kalibers gibt das Maß für die tiefe Krise an, die die größte Weltmacht durchmacht.

Diese Militärkommandeure erkennen ausdrücklich an, dass der Angriff auf das Kapitol keine isolierte und marginale Aktion einer Gruppe von „Geks“ war, sondern ein geplanter Putsch der Führung der Republikanischen Partei, der eine starke Komplizenschaft in weiten Teilen des Staatsapparats hatte.

Trump ist weder gegangen noch geschwächt, im Gegenteil. Er hat die Republikanische Partei vollständig unter seine Kontrolle gebracht und vermeintlich gemäßigte Elemente wie Liz Cheney oder Adam Kinzinger an den Rand gedrängt. Dass diese Art von „Falken“, die die Folter durch Waterboarding in Guantánamo verteidigten oder von der reaktionären Tea Party kommen, heute die Gemäßigten sind, sagt viel über die ernste Gefahr aus, die

die Reaktion der Trumpisten darstellt.

Die beiden Kongressabgeordneten, die einzigen Republikaner im Kongressausschuss, der den Angriff auf den Capitol Hill mit 5 Toten und mehr als 150 Verletzten untersucht, wurden nun von ihrer eigenen Partei gerügt und darauf hingewiesen, dass sie an „einer von Demokraten angeführten Verfolgung gegen Bürger teilnehmen“. Es ist das erste Mal in der Geschichte, dass die Republikanische Partei zwei Kongressabgeordnete zurechtweist, und sie tut dies, um den Putschversuch zu rechtfertigen!

Bidens Versprechen, die „Demokratie“ zu verteidigen und die Verantwortlichen für den Angriff auf das Kapitol zur Rechenschaft zu ziehen, sind heiße Luft geblieben. Trump, der Hauptstifter, wurde noch nicht einmal vor Gericht gestellt, und die wenigen, die es wurden, haben lächerlich niedrige Urteile erhalten.

Die Tatsachen entlarven die falschen Argumente vieler progressiver Kommentatoren und anderer, die sich selbst als marxistische Theoretiker bezeichnen, die vor einem Jahr Trump endgültig abgeschrieben haben. Die Realität hat diesen schabigen Impressionismus widerlegt.

## Die desaströse Bilanz eines Jahres der Biden-Regierung

Die USA häufen nicht nur mehr als eine Million Todesfälle durch

vid-19 an, die Pandemie richtet mit 2.000 Todesfällen pro Tag weiterhin Chaos an und die Lebensbedingungen der Bevölkerung haben einen erheblichen Rückschlag erlitten.

Um eine schnelle Rückkehr zur Arbeit zu erleichtern und Geschäftsleute weiter reich werden zu lassen, hat die Regierung von Biden genehmigt, die empfohlene Isolationsdauer für Infizierte von 10 auf 5 Tage zu halbieren. Die zu Beginn der Pandemie bewilligten Zulagen und Hilfen (Räumungsmotoren, Kinderzuschlag etc.) wurden abgeschafft. Die Inflation hat die Kaufkraft stark reduziert. Der CPI erreichte im vergangenen Januar 7,5%, aber Produkte wie Benzin stiegen um bis zu 39%. Die Lebenshaltungskosten haben jede zaghafte Lohnerhöhung weggefegt und die Arbeiter sind heute merklich ärmer als noch vor einem Jahr.

Dieser Prozess der Verarmung spiegelt sich in der „Große Resignation“ wider. Mehr als viereinhalb Millionen Beschäftigte haben ihre Jobs aufgegeben, was zu einem Arbeitskräftemangel und unbesetzten Stellen führt. Trotz der Freude einiger „progressiver“ Sektoren, die darauf hinweisen, dass dies ein Wendepunkt für die Arbeiterklasse ist, sieht die Realität viel düsterer aus.

In diesem Szenario wurde Bidens berühmtes Sozialprojekt „Build Back Better“, mit dem er Armut und wachsende soziale Verwüstung bekämpfen wollte, auf Druck der konservativsten Sektoren der Demokratischen Partei von einem Budget von 6 Mil-



den in zehn Jahren auf 1,75 Milliarden Dollar nach unten korrigiert und es ist immer noch nicht klar, ob sie genehmigt werden können, wie der Widerstand des demokratischen Senators Manchin gegen die Einführung eines vierwöchigen bezahlten Mutterschaftsurlaubs zeigt.

### „Wir sind die Lachnummer der Welt“: Trump kehrt mit Wucht ins Getümmel zurück

Biden macht die Plutokratie noch reicher. Laut der Zeitschrift Forbes verfügten amerikanische Milliardäre am 1. Januar 2020 über ein Gesamtvermögen von 3,4 Billionen US-Dollar. Zum gleichen Datum im Jahr 2022 erreicht ihr Vermögen bereits 5,3 Billionen Dollar.

Außenpolitisch hat Biden nach der Niederlage in Afghanistan im vergangenen September Trumps Militarismus fortgesetzt und sogar noch verstärkt. Seine Agenda um den Vormarsch Chinas einzudämmen ist zu hundert Prozent imperialistisch und trotzdem präsentieren ihn viele Führer der europäischen reformistischen Linken als Liebhaber des Weltfriedens und der sozialen Gerechtigkeit.

Das sind die objektiven Bedingungen, die dem Führer von New York Flügel verleihen. In diesem Jahr hat Trump keine Zeit verschwendet und jeden Millimeter des von Bidens unsozialer und rassistischer Politik befruchteten Bodens genutzt, um angesichts der Niederlagen und Rückschläge des US-Imperialismus die chauvinistische Stimmung zu schüren. Eine Strategie, die es ihm ermöglicht, seine soziale Basis zu gruppieren, zu bewaffnen und vorzubereiten.

Aber es ist nicht nur Trump, es sind die Republikanische Partei und ihre Gouverneure, die in eine neue Offensive gegen Frauen verwickelt sind, mit Verboten des Rechts auf Abtreibung in vielen Staaten; weiteren Beschränkungen von Minderheitsstimmrechten; oder mit der Verfolgung und Jagd auf Migranten an der Grenze zu Mexiko in Staaten wie Texas, während Biden weiterhin Gesetze nutzt, um Hunderttausende von ihnen auszuweisen.

Die Zwischenwahlen sind der nächste Termin für den New Yorker Tycoon Trump und könnten für die Demokraten den Verlust ihrer prekären Mehrheit im Senat bedeuten. Trump hält sein Wort vom 6. Januar 2021, als

er sagte, dies sei erst der Anfang. „Wir brauchen einen Erdrutschsieg. Ein Sieg, den die Demokraten nicht stehlen können“, sagt er jetzt. Aber seien wir nicht naiv. Er ist bereit, seine breite soziale Basis auf einer höheren Ebene zu mobilisieren. Diese Ansprachen an ihre Gastgeber, diese Akte der Bekräftigung und Vorbereitung der reaktionären Armee auf „was auch immer nötig ist“, werden am helllichten Tag abgehalten. Er versammelt eine Armee der extremen Rechten jenseits der Wahltermine. Eine Gefahr, die Biden und die Demokraten nicht abwenden können.

### Die andere Seite der Medaille und was wir brauchen, um den Trumpismus zu besiegen

Es wäre dumm und ein kompletter Fehler, den Vormarsch des Trumpismus und die Bedrohung, die er darstellt, zu leugnen. Genauso falsch wäre aber der Schluss, dass dies am geringen Bewusstsein der amerikanischen Arbeiterklasse oder an einem negativen Kräfteverhältnis für die Linke liegt. Die Erfahrung des letzten Jahrzehnts widerlegt solche Argumente. Trump selbst wurde bei den Wahlen nach einer gewaltigen Massenbewegung wegen dem Mord an George Floyd, der größten seit den 1960er Jahren, besiegt.

Trump präsentiert sich als Alternative zu der Katastrophe, die über der ruinierten Mittelschicht und den rückständigen Sektoren der weißen Arbeiterklasse schwebt. Aber warum kann er das? Wegen der Ohnmacht der Politik von Biden und der Demokratischen Partei, die soziale Katastrophe zu lösen, die über Millionen hängt, und wegen der mitläuferischen und falschen Politik von Führern wie Bernie Sanders und AOC, der sogenannten Linken der Demokratischen Partei, mit einer Agenda zugunsten des Großkapitals.

Sanders weist darauf hin, dass die Demokratische Partei versagt. Er sagt: „Sie hat der Arbeiterklasse den Rücken gekehrt“ und fordert einen „Kurswechsel“, der „mächtigen Unternehmen-sinteressen“ entgegentritt. Gleichzeitig sucht der Senat, der für die Genehmigung von Bidens Wirtschaftsplänen zuständig ist, einen Konsens zwischen Republikanern und Demokraten. AOC selbst ist so weit gegangen, darauf hinzuweisen, dass „unsere Agenda Bidens Agenda ist“.

Anstatt den Kampf der Arbeiterklasse und der Jugend zu organisieren und zu fördern und ihre öffentlichen Positionen zu nutzen, um Biden und die Demokratische Partei als ausführenden Arm des Großkapitals zu entlarven, tragen sie dazu bei, ihm einen linken Anstrich zu verleihen und seine sozialen Reden und seine Politik zu legitimieren im Interesse von Banken und großen nordamerikanischen Multis. Die Demokratische Partei ist eine kapitalistische Partei, die sich vollständig dem System verschrieben hat. Versuche, sie zu transformieren, sind vollständig gescheitert.

Deshalb ist es jetzt nötig ohne weitere Verzögerung die Notwendigkeit zum Aufbau einer authentischen Partei der Arbeiterklasse und Unterdrückten zu betonen. Die Führung der Democratic Socialists of America (DSA) macht einen großen Fehler, wenn sie darauf besteht, sich an den Zug der Demokratischen Partei anzubinden. Dass sie in den letzten Jahren exponentiell gewachsen sind und heute 4 Vertreter im Kongress, 5 im Senat und mehr als 100 in Staatskongressen, Senaten und Stadträten haben, zeigt den Linksruck in der Gesellschaft, aber auch, dass sie schließlich wie nasses Schießpulver vom System absorbiert werden, wenn sie ihr Programm nicht in den Dienst einer Politik stellen, die die kapitalistische Ordnung herausfordert, die dazu dient, das Organisations- und Bewusstseinsniveau der Arbeiter zu heben und dass den Kampf für den Sozialismus fördert.

Es gibt enorme Wut und Unruhe und das Potenzial, eine kämpferische, antikapitalistische linke Massenpartei zu gründen. Dies hat sich bei den landesweiten Streiks für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen gezeigt, bei der Gründung von Gewerkschaften in Unternehmen wie Starbucks, trotz des heftigen Widerstands ihrer Manager und der Gewerkschaftsbürokratie; bei den jüngsten Massendemonstrationen in Minneapolis angesichts eines neuen rassistischen Mordes oder beim zweiten erfolglosen Amtsenthebungsversuch gegen die militante linke Stadträtin Kshama Sawant im Rathaus von Seattle.

Trump kehrt vielleicht ins Weiße Haus zurück, aber es besteht kein Zweifel daran, dass sich die USA auf brutale Zusammenstöße zwischen den Klassen zu bewegen.



Antonio García Sinde

Die Lobeshymnen auf Feijóos angeblich moderaten und zentristischen Charakter, die die Medien, allen voran El País, in den letzten Wochen verbreitet haben, wurden durch die Fakten widerlegt.

Feijóo ist noch nicht offiziell zum neuen Präsidenten der PP ernannt worden, aber er hat der Politik seiner Partei bereits seinen Stempel aufgedrückt, indem er ein Regierungsabkommen mit Vox in Kastilien und León zustimmte, das es Abascals Partei (der ultrarechten Vox) ermöglichen wird, zum ersten Mal an einer Regierung teilzunehmen, und zwar mit einem Vizepräsidenten und drei Ministerien, sowie mit dem Vorsitz der Cortes und einem zusätzlichen Sitz am Tisch dieser Institution.

Darüber hinaus enthält das Regierungsprogramm der PP-Vox-Koalition die extrem reaktionären Forderungen von Vox zu drei Schlüsselthemen: die Leugnung von Gewalt gegen Frauen, eine Bildung „frei von ideologischer Indoktrination“, d.h. dem berühmten „Elternrecht“, und die fremdenfeindliche Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik.

### Kastilien und León, die Vorhut der reaktionären Offensive, die Feijóo anführen will

PP und Vox haben sich darauf geeinigt, ein neues Gesetz über „häusliche Gewalt“ zu verabschieden, mit dem die Existenz geschlechtsspezifischer Gewalt geleugnet werden soll. Dank dieser Vereinbarung mit der PP werden in Kastilien und León sogar die sehr begrenzten gesetzlichen Maßnahmen, die zur Bekämpfung des schwerwiegenden Problems der Gewalt an Frauen verabschiedet wurden, abgeschafft. Dies ist eine sehr ernste Warnung vor dem, was Frauen erwarten können, wenn die PP die Regierung des Staates übernimmt.

Was die Einwanderungspolitik betrifft, akzeptiert die PP die offen rassistischen Positionen von Vox und schlägt eine „geordnete Einwanderung“ vor, so dass die Regierung von Kastilien und León „mit der Polizei bei der Identifizierung illegaler Einwanderer zusammenarbeitet, damit diese ausgewiesen werden können“, wie der künftige Vizepräsident von Vox, Juan García-Gallardo, erklärte. Die Härte, mit der die Regierung von Pedro Sánchez



## Spanischer Staat: Die PP von Núñez Feijóo bildet in Kastilien und León eine Koalitionsregierung mit Vox

**Der Krieg zwischen Ayuso und Casado endet mit einer noch reaktionärerem Wende in der PP (Konservative Partei)**

gegen Flüchtlinge vorgeht, erscheint Vox und der PP wenig und sie wollen sie noch weiter verschärfen. Der rechts-extreme Rassismus von Vox erreicht schließlich eine autonome Regierung, und zwar durch die Hand von Feijóo, dem angeblich gemäßigten Führer, der der PP einen Schub in Richtung Mitte geben sollte.

Andererseits nehmen die Verweise in der Vereinbarung auf eine Erziehung „frei von ideologischer Indoktrination“ und auf das „unveräußerliche Recht der Eltern, über die Erziehung ihrer Kinder zu entscheiden“, das berühmte Elternrecht wieder auf, um zu verhindern, dass sie gegen Frauenunterdrückung, LGTBPhobie, Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit erzogen werden. Das deckt sich mit der Homophobie, die der künftige Vizepräsident von Vox zum Ausdruck bringt.

In unserer Erklärung vom 25. Februar stellten wir fest, dass „es aufgrund der harten Fakten klar scheint, dass sich der Rechtsruck einer der wichtigsten Parteien der spanischen Bourgeoisie verfestigen wird“. Diese Vereinbarung mit Vox bestätigt dies.

Der interne Bruch in der PP, der sich in der Auseinandersetzung zwischen Casado und Ayuso manifestierte, drückte einen viel tiefer liegenden Trend aus: den Druck eines Mehrheitssektors der Partei und ihrer sozialen Basis, unterstützt von Arbeitgeberorganisationen, die einen Frontalangriff auf die Rechte der Arbeiterklasse und die Niederhaltung all jener fordern, die mit ihren Mobilisierungen in den letzten Jahren die etablierte Ordnung her-

ausgefordert haben. Dieser Druck manifestierte sich nicht nur intern, sondern auch durch einen massiven Stimmentransfer an Vox, den die Umfragen der letzten Tage als ernsthaften Kandidaten für die Vormacht auf der Rechten präsentierten.

Um den Vormarsch von Vox zu stoppen und ihre Vormachtstellung auf der Rechten zu sichern, setzt die PP ihre ganze Hoffnung auf Alberto Núñez Feijóo, der mit der Vereinbarung mit Vox erste Schritte in diese Richtung unternommen hat.

### Die reaktionäre Wende der PP wird die „Staatspakete“ mit der PSOE nicht verhindern

Feijóos Werbekampagne durch die Medien der herrschenden Klasse hat nachdrücklich seine Position betont, die gegenüber staatlichen Paketen mit der PSOE offen ist, und sie der rigideren Position von Pablo Casado gegenübergestellt.

Obwohl es stimmt, dass Casados Unentschlossenheit und Tollpatschigkeit angesichts der Dilemmata, mit denen die PP konfrontiert ist, zusammen mit seiner unverhohlenen Angst, von Vox verdrängt zu werden, ihn dazu veranlassten, Themen wie die Erneuerung des Generalrats der Justiz oder die Ablehnung zu blockieren, dürfen wir nicht vergessen, dass er bei zentralen Themen für die Bourgeoisie wie dem europäischen Wirtschaftshilfeplan oder der Arbeitsreform von Yolanda Díaz mit der Regierung Sánchez Vereinbarungen getroffen hat, etwa zur Erneuerung

des Verfassungsgerichtshofs oder des Rechnungshofs, und er stimmte auch für eine große Anzahl von Gesetzentwürfen und -dekreten der Regierung.

Es gibt keine Anzeichen, dass Feijóo diese Politik ändern wird. Im Gegenteil. Der Krieg in der Ukraine und die drastische Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage mit einer galoppierenden Inflation und einem Haushaltsdefizit, das die Regierung durch weitere Kürzungen der Sozialausgaben zu verringern versuchen wird, werden die beiden etablierten Parteien PSOE und PP dazu zwingen, ihre Kräfte zu bündeln, um die Interessen der herrschenden Klasse zu schützen.

Die reaktionäre Wende der PP in Kastilien und León schließt die Möglichkeit einer Annäherung zwischen PP und PSOE keineswegs aus. Wie bei Casado wird diese Politik jedoch auch für Feijóo nicht unproblematisch sein, denn er wird weiter unter Druck stehen, zum einen von seiner immer rechter werdenden Wählerbasis und zum anderen von den Sektoren des Großkapitals, die heute eine Verständigung zwischen PP und PSOE für den wünschenswertesten Rahmen halten, um weiterhin Geschäfte zu machen. Eine weitere Schwierigkeit, auf die Feijóo stoßen könnte, ist,

dass er mit seiner reaktionären Wende eine Reaktion der Arbeiterklasse und der Jugend hervorrufen könnte, die seine Pläne durchkreuzt.

Wir erleben eine Neuausrichtung der PP, die nach zahllosen Wahlniederlagen zu den reaktionären und franquistischen Zügen zurückkehrt, die der Parteigründer Manuel Fraga Iribarne verkörperte, ein Minister Francos, der für seine Verantwortung bei der grausamen Unterdrückung der Diktatur und bei der Ermordung von fünf Arbeitern in Vitoria im März 1976 bekannt war.

### Kürzungen und Korruption kennzeichnen die Amtszeit von Feijóo in der Xunta de Galicia

Die Medien, die Loblieder auf Feijóos singen, übersehen das Desaster seiner Verwaltung der Xunta de Galicia. Feijóo hat eine unsoziale Politik durchgesetzt, die die öffentlichen Dienstleistungen stark beeinträchtigt hat, während er die traditionellen klientelistischen und korrupten Netzwerke, die seit der Gründung der PP mit ihr verbunden sind, beibehalten und verstärkt hat.

Nach der Krise von 2008 förderte Feijóo die Privatisierung der beiden ga-

licischen Sparkassen Caixa Galicia und Caixanova. Diese Operation kostete die öffentliche Hand mehr als 8 Mrd. Euro und bescherte dem venezolanischen Bankier Juan Carlos Escotet ein saftiges Geschäft. Die jüngsten Beispiele sind die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 3 Millionen Euro, damit Escotet Bankfilialen durch Geldautomaten ersetzen kann, und die Genehmigung für seinen Bruder, eine private Universität in Galicien zu eröffnen.

Diese Entwicklung ist ein klarer Vorgeschmack für den Fall, dass Feijóo Präsident der Regierung wird, unabhängig davon, ob er von Santiago Abascal begleitet wird oder nicht. Die Politik der PSOE und der UP-Exekutive sowie die Lähmung der CCOO und der UGT haben den Boden für die reaktionäre Wende der PP und den Aufstieg einer so abscheulichen Person wie Feijóo bereitet. Es ist dringend notwendig, so schnell wie möglich eine kämpferische Linke aufzubauen, die sich auf die Kraft der Arbeiterklasse, der Jugend und der Frauenbewegung stützt, deren außerordentliche Stärke am 8. März erneut unter Beweis gestellt wurde, um der Reaktion und dem kapitalistischen System, das sie antreibt, den Kampf anzusagen.

# 8M 2022

Die feministische Bewegung im spanischen Staat hat den Herrschenden an diesem 8. März eine unvergessliche Lektion erteilt. Vom Morgen mit dem feministischen Schulstreik und den von *Libres y Combativas* und der Schüलगewerkschaft organisierten Jugendmobilisierungen bis zum Nachmittag bei den vereinten Demonstrationen nahmen Hunderttausende arbeitender Frauen und junger Menschen, begleitet von unseren Kampfgenossen, an den Protesten teil. Wir haben zugeschlagen, mit einer Kraft, die die Straßen aller Regionen füllte.

## Feministische Jugend an vorderster Front

Die Vorreiterrolle, die die Jugend in den letzten Jahren innerhalb der Frau-

enbewegung gespielt hat, ist unbestreitbar. Und auch in diesem Jahr haben sich Schüler und Jugendliche

wieder an die Spitze des Kampfes für Gleichberechtigung und ihre Rechte gestellt.

Zwei Millionen Schüler und Studenten räumten die Klassenzimmer und unterstützten den von Sindicato de Estudiantes und Libres y Combativas ausgerufenen Schulgeneralstreik und mehr als 100.000 füllten die Straßen und Plätze bei den von unserer Schwesterorganisation Izquierda Revolucionaria organisierten Demonstrationen. Sie haben ihre ganze Wut zum Ausdruck gebracht, nicht nur gegen den vorherrschenden Chauvinismus, unter dem wir jeden Tag leiden, sondern auch gegen alles, was

diese Pandemie für uns bedeutet hat. Dieselben Jugendlichen, die zu Arbeitslosigkeit und Prekarität verurteilt wurden, deren psychische Gesundheit eine Katastrophe erlitten hat, die von den Medien so weit kriminalisiert wurden, dass sie sagen: Es reicht! Sie haben sich zu einem Schlachtruf gegen dieses System versammelt, das uns nichts zu bieten hat.





# Sozial- und Erziehungsdienst: Raus aus der Defensive!

Juri Zinn

Aktuell finden die Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst statt. Dabei geht es vor allem um die finanzielle Aufwertung und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

## Einbrechen der Reallöhne

Derzeit liegt die Inflation bei 7,3% der höchste Stand seit 1981. Bei Lebensmitteln und Energiekosten liegt sie sogar darüber. Für die Kolleginnen und Kollegen, die dieses Jahr eine Lohn-erhöhung von 1,8% erhalten, bedeutet dies einen deutlichen Reallohnverlust.

ver.di fordert eine höhere Eingruppierung von Erziehern im TVöD von S8a auf S8b. Doch die Arbeitgeberseite bedankt sich nun für die herausfordernde und harte Arbeit nicht erst seit Pandemiebeginn indem sie durch die Bank alle zentralen Forderungen von ver.di in der Tarifrunde abschmettert.

## Arbeitsbedingungen

Auch die Arbeitsbedingungen im Sozial- und Erziehungsdienst sind miserabel: Der Krankenstand der Kolleginnen und Kollegen liegt mit über 18 Arbeitstagen im Jahr deutlich über dem Durchschnitt; in 30% der Einrichtungen liegt aufgrund der massiven Überbelegung die Spitzenlautstärke bei über 85 Dezibel – nah an einer Kreissäge oder anderen Maschinen, nur ohne Gehörschutz. Trotzdem hat die ver.di-Führung auf eine bezifferte Forderung zu einem tariflichen Personalschlüssel verzichtet, was schon vor der Auseinandersetzung zur Schwächung geführt hat. Eine solche Forderung zielt direkt ins Herz der Probleme der Kolleginnen und Kollegen, und hätte entscheidende mobilisierende Wirkung gehabt.

Um die Forderung zu umgehen, fordert ver.di mehr Zeit für „mittelbare Pädagogik“ – Vorbereitungszeiten von 5 Stunden die Woche. Die Forderung ist



wichtig, und muss in einem entschlossenen Kampf voll durchgesetzt werden!

**Wir brauchen kämpferische Gewerkschaften!**

## Streikstrategie

Die Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten sind miserabel – Wir können uns keine Verschlechterung mehr leisten! Auf den Hohn der Arbeitgeber kann nur durch die Ausrufung von unbefristeten bundesweiten Streiks reagiert werden.

Bisher ist die ver.di-Führung sehr zögerlich: Sie wollen eine zweite Streikwelle wie 2015 verhindern und lamentieren über den „geringen Organisationsgrad“. Doch in einigen Regionen wurde bisher erst ein einziger Warnstreiktag ausgerufen, der alle Kolleginnen und Kollegen erfasst hat! Eines muss klar gesagt werden: Wenn der Streik in einer Niederlage endet, sind nicht die Kollegen, sondern die Gewerkschaftsspitze dafür verantwortlich!

Dieses Vorgehen ermutigt die Arbeitgeber! Wenn die minimalen Forderungen nicht durchgesetzt werden, werden die Arbeitgeber die bereits eingeschlagene Abwärtsspirale fortführen. Wir brauchen dringend demokratische Strukturen wie eine Streikdelegiertenkonferenz, um die Strategie der ver.di im Tarifkampf zu diskutieren und eine Offensive im Streik auszurufen!

Die Gewerkschaftsspitze zeigt in diesem Tarifkonflikt, wie bereits in den letzten Tarifkonflikten bspw. beim Tarifvertrag der Länder oder aktuell bei den Druckern, den kompletten Unwillen in einer militanten gewerkschaftlichen Offensive echte Verbesserungen zu erkämpfen.

Wenn die defensive Strategie der Gewerkschaftsführung nicht überwunden wird, besteht die Gefahr, dass wieder ein desaströses Ergebnis durch Arbeitgeber und Gewerkschaftsspitze vorgelegt wird, mit marginalen Zugeständnissen an die Forderungen und einer langen Laufzeit, die Kolleginnen zur Friedenspflicht verdammt. Damit wäre der soziale Frieden wieder hergestellt – und die Lohnverluste besiegelt!

**NEIN zu einer voreiligen Einigung in den SuE-Tarifverhandlungen! Streikdelegiertenkonferenz ausrufen!**

**Schluss mit Co-Management und sozialem Frieden!**

**Für eine militante Offensive in der Tarifrunde, demokratische und kämpferische Gewerkschaften!**



Das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels ist der am weitesten verbreitete Text des Marxismus. In unserer Ausgabe enthalten: Manifest, sieben Vorworte, „Grundsätze des Kommunismus“, „Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten“ und Leo Trotzki's Text „Neunzig Jahre Kommunistisches Manifest“.

*Wenn du unser Buch bestellen willst, kontaktiere uns unter den auf der nächsten Seite aufgeführten Adressen.*

*Preis: 5.00 €, 138 S.*

## Neuerscheinung Das Kommunistische Manifest

### Was hat die Politik der „Sozialpartnerschaft“ in dieser Zeit bedeutet?

Nicht nur die Löhne, auch die realen Tarifeinkommen sind im vergangenen Jahr das erste Mal seit zehn Jahren geschrumpft.

Auch die letzten Tarifabschlüsse waren vor dem Hintergrund der Inflation katastrophal: 14 Monate ohne Lohn-erhöhung im Tarifvertrag der Länder, und dann 2,8 Prozent; im TVÖD 1,4 Prozent und erst im April diesen Jahres 1,8 Prozent; und die IG Metall hat bei ihrem Abschluss in NRW überhaupt keine Entgelterhöhung erreicht.

Und als wäre das nicht genug, erleben wir neben den Lohnsenkungen auch strukturelle Angriffe: Massiven Arbeitsplatzabbau nicht nur in der Auto- und Zulieferindustrie, sondern auch schleichend im Sozialbereich. Dabei ist der Kurs der Gewerkschaftsführungen, ob es sich nun um Voith Sonthofen, Conti oder öffentliche Träger handelt, immer der gleiche: Arbeitsplatzabbau unter dem Deckmantel der „Transformation“ zustimmen, und Sozialpläne verhandeln.

### Wir wollen keinen Sozialplan – wir wollen eine Zukunft, Löhne und Arbeitsplätze! Schluss mit sozialem Frieden, mit Deindustrialisierung und Lohndrückerei!

Aus den Sozialpartnern an den Gewerkschaftsspitzen sind Co-Manager geworden. Wir müssen mit dieser Politik brechen, wenn wir reale Verbesserungen erreichen wollen! Die Gewerkschaftsführungen rechtfertigen ihre Politik mit der Begründung, dass „die Leute nicht kämpfen wollen“ und „sich nicht mobilisieren lassen“. Und warum, fragen wir, müssen sie dann in jedem Streik betonen, dass „die Erwartungen der Streikenden begrenzt werden müssen“?

Wir sagen: Der Beweis ist erbracht. Der Weg der friedlichen Koexistenz, ja der Mithilfe für die Lumpereien der Bosse, führt in die Abwärtsspirale von Löhnen und unseren Lebensbedingungen! Wir brauchen eine grundlegende Abkehr vom Kürzen für die Profite einiger weniger, von der neoliberalen Umgestaltung aller Sektoren – von den Kindertagesstätten bis zu den Krankenhäusern – in ein privates Profitsystem, hin zu einer demokratischen Wirtschaft, die im Sinne der Befriedigung unserer Bedürfnisse funktioniert.

Das können wir nur erreichen, wenn wir uns in den Gewerkschaften zusammenschließen und für einen kämpferischen Kurs eintreten.

Nur organisierte Belegschaften können siegen. Wir erinnern an das Beispiel des Metaller im spanischen Cádiz: Dort versuchten die Bosse in einer Tarifrunde in die Offensive zu gehen, und Verschlechterungen zu erzwingen. Doch die Arbeiterklasse, die ihre Erfahrungen mit dem Verrat der Gewerkschaftsbosse der großen Verbände CCOO und UGT gemacht hat, schloss sich zusammen und ihr Streik entwickelte sich zu einer wahren Rebellion. Mehr als 10.000 nahmen sich die Straße zurück und führten einen beispielhaften Kampf gegen die Bosse.

Zwar endete der Streik mit einem Verrat durch die Bürokraten der großen Gewerkschaften, aber er hat den Weg aufgezeigt: Mit dem sozialen Frieden brechen, sich zusammenschließen und für eine kämpferische Politik in den Gewerkschaften und Betrieben kämpfen. Das ist der einzige Weg, der der Arbeiterklasse eine Zukunft bieten kann.

**Der richtige Weg ist der der Organisation. Schließ dich uns an! Mach mit bei der Marxistischen Organisation Offensiv!**





## Abonniere die Offensiv!

Unterstütz' uns im Kampf für eine unabhängige Zeitschrift, eine kämpferische Arbeiterbewegung und den Sozialismus!

Abonniere die Offensiv!

Alternativ findest du den Link auf unserer Website.



## Schließ dich den revolutionären Kommunisten an!

**Mach mit bei Offensiv!**



offensiv\_marxisten



0162 8359272



info@offensiv.net



Offensiv - Marxistische Organisation

[www.offensiv.net](http://www.offensiv.net)



## Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. All das können wir nicht durch ein paar Ministerposten erreichen, sondern nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur Wenige haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen Probleme ist nur erreichbar, wenn alle Bereiche der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: durch Versammlungen in den Nachbarschaften und Schulen und Räte in den Betrieben. Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeitermacht durch ein demokratisches Rätssystem gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

**Soziale Verbesserungen für Alle!** Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

**Gute Arbeit.** Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

**Volle demokratische Rechte.** Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

**Frauen.** Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagrafen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

**Jugend.** Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.200€ netto und garantierte Übernahmen. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

**Ökologie.** Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

**Eine Klasse – ein Kampf:** Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohndrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

**Gewerkschaften.** Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wahl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

**Geplant und demokratisch wirtschaften!** Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

**Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!**



Löhne sinken, Preise explodieren... und die Bundesregierung zahlt 100 Mrd. für Aufrüstung!

# Schluss mit dem sozialen Frieden! Kämpfen ist der einzige Weg!

Katharina  
Doll

Wir erleben eine Preisexplosion, die kein Ende nimmt. Die Diesel- und Benzinpreise liegen bei etwa 2 €/Liter. Sieht man sich die Heizkosten an, haben Verbraucher mit Ölheizungen zwischen September und Dezember 2021 im Schnitt 669€, und damit 96% mehr gezahlt als zur gleichen Zeit 2020. Extreme Preissteigerungen gibt es auch bei Lebensmitteln. Der Deutsche Bauern Verband DBV rechnet mit „Preissprüngen ungeahnten Ausmaßes“ bei Lebensmitteln: 20 bis 40%!

Wir erleben die massive Enteignung arbeitender Menschen, und die Bundesregierung tut so, als täte sie alles „um uns zu retten“. Angeblich für „unsere“ Sicherheit haben sie darüber hinaus ein

100 Mrd. Euro schweres Rüstungspaket verabschiedet. Und wer wurde gerettet? Die Antwort ist einfach: Allein der Aktienkurs von Rheinmetall ist im letzten Monat um 65% gestiegen.

## Was steckt im Entlastungspaket der Bundesregierung?

Dafür, betont Olaf Scholz, gäbe es ja auch das Entlastungspaket. Aber was wird davon bei uns ankommen? Die Senkung der Pendlerpauschale wird Gutverdienern mehr einbringen als Niedriglöhnern, gleichzeitig ist ein Einmalzuschuss von 200 Euro für Sozialhilfeempfänger und der 100-Euro-Bonus für Familien blanker Hohn: Im Jahr 2022 ist der Hartz IV-Satz von Kindern unter fünf gerade mal um zwei Euro angestiegen, der Regelsatz um drei Euro!

Der soziale Frieden dient nur den Bossen!

Es ist eine kapitalistische Lüge, dass es allen gut ginge, wenn es der Wirtschaft gut geht. Seit Ausbruch der Coronapandemie leben 16% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze – ein neuer Rekord –, die Reallöhne sind im Jahr 2021 gesunken, die Situation der Frauen hat sich dramatisch verschlechtert (es kam zu einem massiven Anstieg der häuslichen Gewalt, während der Anteil der Teilzeitbeschäftigten überdimensional anstieg),... All das beweist, dass der Kapitalismus keinen echten „Fortschritt“ bringt; alles, was wir erkämpfen, kann uns wieder weggenommen werden.

WEITER AUF SEITE 14



WWW.OFFENSIV.NET



MACH MIT!

Kontaktiere uns auf Whatsapp unter 0162 8359272 oder den Kontaktdaten auf Seite 15.

**Offensiv**   
MARXISTISCHE ORGANISATION